



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Die maritime Wirtschaft als Bestandteil der ökologischen Transformation fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Einführung des Inflation Reduction Act (IRA) eine starke Belastung für die Handelsbeziehungen der EU zu den USA darstellt. Die auf die einseitige Förderung heimischer Unternehmen ausgerichteten Bedingungen des IRA gefährden in einer Zeit, in der westlichen Länder zusammenstehen sollten, den transatlantischen Handel.

Der Landtag bekräftigt daher seine klare Haltung zu freiem Handel unter fairen Rahmenbedingungen und WTO-konformen Handelsregelungen. Ein Förderwettbewerb zwischen den USA und der EU ist abzulehnen und sollte vermieden werden.

Dennoch muss es eine europäische Antwort auf den IRA geben. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag den von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschlag zur Förderung einer grünen Industrie und stellt fest, dass dieser große Chancen für Schleswig-Holstein bietet.

Um Schleswig-Holstein zum ersten klimaneutralen Industrieland zu machen, kommt es angesichts eines geopolitisch zunehmend angespannteren Wettbewerbsumfeldes auf geeignete Instrumente und Rahmenbedingungen an. Dies sind entscheidende Voraussetzungen für die Transformation energieintensiver Industrieunternehmen sowie die Ansiedlung neuer zukunftsträchtiger Branchen und nachhaltiger Firmen.

Aus diesem Grund begrüßt der Landtag die gezielte Lockerung der EU-Beihilferegeln für Technologien und Sektoren, die von zentraler Bedeutung für die ökologische Transformation der Wirtschaft sind. Durch die Lockerung der Beihilferegeln kann für den nachhaltigen Umbau unserer Industrie mehr staatliche Unterstützung mobilisiert werden.

Die Pläne der EU-Kommission müssen allerdings konkretisiert werden. Die Reform der Beihilfebestimmungen muss Schlupflöcher für klimaschädliche Investitionen schließen.

Zu den begünstigten Branchen gehören die erneuerbare Energieproduktion, -speicherung und der -transport, die Elektromobilität sowie die Mobilität mit Brennstoffzellen- und die Wasserstofftechnologie, die Nutzung von grünem Wasserstoff und der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur und nicht zuletzt der Schienenverkehr.

Der Landtag stellt fest, dass gerade die maritime Wirtschaft von entscheidender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und die Transformation zu einem klimaneutralen Industrieland ist und daher sichergestellt werden muss, dass diese ebenfalls von den Plänen der EU berücksichtigt wird.

Der nachhaltigen Transformation des Schiffsverkehrs kommt eine zentrale Bedeutung bei der erforderlichen Verkehrswende zu. Die Umstellung auf alternative Antriebe und alternative Kraftstoffe, Innovationen im Bereich der Hydromechanik sowie die Ertüchtigung und Modernisierung der Wasserstraßen und Hafeninfrastuktur im Land sind von entscheidender Bedeutung. Werften, Reedereien und Zulieferbetriebe müssen von den veränderten Rahmenbedingungen profitieren können, um in einem angespannten Marktumfeld wettbewerbsfähig zu bleiben und um die erforderlichen Investitionen leisten zu können.

Aus diesem Grund bittet der Landtag die Landesregierung, sich aktiv auf EU-Ebene für die Berücksichtigung des maritimen Sektors einzusetzen.

Lukas Kilian
und Fraktion

Oliver Brandt
und Fraktion